

# Revanter Unterschied

Zu: „Rückblick auf den Pazifismus“, FR-Feuilleton vom 2. März

Dass der Verweis auf Auschwitz den Krieg gegen Serbien im Jahr 1999 hätte rechtfertigen können, stimmt heute so wenig wie damals. Zweifellos war das Regime von Milošević für schwere Menschenrechtsverletzungen im Kosovo verantwortlich, so wie heute das Regime von Putin für schwere Kriegsverbrechen in der Ukraine verantwortlich ist. Wer aber darin keinen relevanten Unterschied zu einer planmäßig organisierten Tötung von Millionen Juden erkennen kann, ist weder historisch noch moralisch ernst zu nehmen. Es ist mir bis heute ein Rätsel, wie Außenminister Fischer diese Entgleisung politisch überleben konnte.

Was die Waffenlieferungen an die Ukraine bewirken, wird man erst nach Ende des Krieges nüchtern analysieren können. Ganz sicher ist aber, dass das Geld, das jetzt in Rüstung gesteckt wird, für den Klimaschutz fehlt, obwohl nur noch wenige Jahre bleiben, um der Katastrophe entgegenzuwirken. Unsere Kinder werden das nicht verzeihen.

Thomas Groß, Osnabrück

# Vergessliches Wahlvolk

Zu: „Mehr Kontinuität geht nicht“, FR-Meinung vom 3. März

Liebe Katja Thorwarth, vielen Dank für die wundervolle Kolumne über den künftigen Hesischen Ministerpräsidenten Boris Rhein! Solche Erinnerungen sind sehr wichtig, weil das Wahlvolk ja so vergesslich ist. Leider werden die machtgelien Grünen schon dafür sorgen, dass „Teflon-Rhein“ ins Amt kommen wird. Holger Kintscher, Langen

# Schwerer Fehler

AKWs: „Brandgefährlich“, FR-Politik vom 5. März

Der Freitag zeigte gleich in zweifacher Hinsicht, wie gefährlich und unverantwortlich es ist, weiterhin an der Energieerzeugung durch Atomkraft festzuhalten. Nicht nur dass die Technik ausfallen kann, Menschen Fehler machen, auch durchgeknallte Autokraten sind eine mehr als ernstzunehmende Gefahr für die Sicherheit von Atomkraftwerken. Einmal davon abgesehen, dass Atomkraft weder so CO<sub>2</sub>-frei ist, wie immer behauptet wird (nachhaltig ist sie schon gar nicht) und die Kosten weit höher sind als alle anderen Energieerzeugungsarten, auch die aktuellen Beispiele machen mehr als deutlich: Atomkraft ist einer der schwersten Fehler der Menschheit.

Stefan Plock, Ober-Ramstadt



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:

Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

Mailen Sie an:

Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

# Keine Friedenssicherung durch Aufrüstung

Zu: „Plötzlich umworben“, FR-Politik vom 2. März, und „Kein bisschen Frieden“, FR-Meinung vom 2. März

## Totalangriff auf unseren Sozialstaat

Das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen zur Aufrüstung der Bundeswehr ist ein unverantwortbarer Vorgriff auf die Zukunft, ein Angriff auf die Zukunft unserer (Enkel-)Kinder. Zusätzlich soll – so SPD-Bundeskanzler Scholz – die Zwei-Prozent-Nato-Vorgabe (zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts als nationale Rüstungsausgaben) sogar noch übererfüllt werden. Auf ein 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen zur Sanierung des maroden deutschen Gesundheitswesens warten wir vergeblich ... Beide Regierungsankündigungen sind ein Totalangriff auf den Sozialstaat, wie wir ihn kennen.

Ich habe das Knallen der Sektkorken in den USA (des militärindustriellen Komplexes) bis in mein Dorf gehört. Der Kurs der Rüstungsaktien befindet sich im Steilanstieg, und die Armen werden für diese Entscheidungen überall furchtbar leiden und zahlen müssen. Wie desaströs sich Rüstungsproduktion und Kriege auf das Klima auswirken, ist hinlänglich bekannt. Die fehlgeleiteten Investitionen in die Kriegsproduktion werden beim sozialökologischen Umbau fehlen; an das „grüne Gewissen“ wage ich gar nicht mehr zu appellieren.

Die Vernunft ist nie obsolet, genauso wenig wie der politische Pazifismus. Allgemeine und kontrollierte Abrüstung bleibt Tagesaufgabe.

Thomas Ewald-Wehner, Nidderau

## Sicherheit als Mutter aller Nachhaltigkeit?

Ich muss zugeben, auch ich habe Putin und seine kriegesischen Absichten falsch eingeschätzt. Bei aller kritischen Distanz habe ich mir diesen verbrecherischen Überfall der Ukraine so nicht vorstellen können, und meine Solidarität ist bei den notleidenden Menschen der Ukraine, mit denen ich mit Sicherheit bereits in Kürze in meiner ehrenamtlichen Geflüchtetenarbeit zu tun haben werde.

Auch nicht vorstellen konnte ich mir bis vor wenigen Tagen,

dass SPD und Grüne mal eben 100 Milliarden in die Aufrüstung stecken und künftig mindestens zwei Prozent des Bruttosozialproduktes für Bundeswehr und Nato ausgeben wollen und damit alte Forderungen Trumps, alter Revanchisten quasi übererfüllen. Diese werden sich bei Putin bedanken – ohne seinen Überfall auf die Ukraine wäre das weder so schnell noch ohne größeren Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen gewesen. Nun hat Aufrüstung meiner Meinung als Kriegsdienstverweigerer mit Friedenssicherung absolut nichts zu tun, sondern ist die Voraussetzung von Krieg, und die Nato ist keineswegs ein Friedensbündnis, sondern ein Bündnis zur Durchsetzung von Interessen und das notfalls mit Waffengewalt.

Wenn ich jetzt lese, dass höhere Verteidigungsausgaben nachhaltig seien und „Sicherheit die Mutter aller Nachhaltigkeit“ sei, die Rüstungslobby gar die Aufnahme der Rüstungsbranche in die Taxonomie der EU fordert, beschleicht mich das kalte Grausen. Also nach Atomkraft und Gas soll jetzt auch noch die Produktion von Kriegsgerät als nachhaltig deklariert werden und Anlegern schmackhaft gemacht werden. Das scheint angesichts der Kurssprünge von Rüstungsfirmen nach Bekanntgabe des 100-Milliarden-Füllhorns ja bereits bestens zu funktionieren. Nachhaltigkeit – dieser Begriff ist untrennbar mit dem Klimawandel und dem notwendigen Weg von der ungezügelten Plünderung des Planeten Erde verbunden. Aufrüstung und Krieg sind allerdings das genaue Gegenteil, und jeder Euro, der dort verschwendet wird, wird am notwendigen ökologischen Umbau fehlen.

Jochim Maack, Hamburg

## Bittere Erkenntnisse aus einem heißen Krieg

Ich möchte Pitt von Bebenburg herzlich für seine auch für mich schwer zu ertragende Positionsbestimmung in Zeiten eines heißen Krieges mitten in Europa danken. Denn auch ich bin hin- und hergerissen zwischen meiner Ablehnung von Waffen zur

Lösung von Konflikten und den offensichtlich durch die Aggression Putins notwendig gewordenen Verteidigungsanstrengungen des Westens. Ich gehöre zu denjenigen, die in der Friedensbewegung aktiv sind, und mir fällt es als Mitglied von Amnesty International nicht leicht anzuerkennen, dass Waffenlieferungen in bestimmten Situationen notwendig sein können, um einen Despoten davon abzuhalten, gewaltiges Leid über die Menschen zu bringen.

Die harte Realität des von Putin angezettelten Krieges belehrt uns, die wir immer wieder gegen bewaffnete Auseinandersetzungen auf die Straße gehen und Anfang der Achtzigerjahre des vergangenen Jahrhunderts gegen die Aufrüstung in Ost und West demonstrierten, dass in bestimmten Situationen Demokratie und Freiheit auch mit Waffen verteidigt werden müssen.

Wer miteinander redet, der schießt nicht aufeinander, und deshalb muss es Ziel aller Friedensbemühungen sein, Gesprächsfäden, so weit es sie noch gibt, nicht abreißen zu lassen. Das, was Putin vollführt, sind wahnhaftige Großmachtideen, die Missachtung der Menschenrechte und das Morden unschuldiger Menschen aus der Sucht, ein Reich zu schaffen, dessen Tradition das zaristische Russland ist. Hierzu ist ihm offensichtlich jedes Mittel recht.

Pitt von Bebenburg ist zuzustimmen, wenn er auch angesichts des Schreckens in der Ukraine den biblischen Appell „Schwerter zu Pflugscharen“ in den Vordergrund stellt und als Menschheitsvision aufrechterhalten will. Eine Zeitenwende hat sich seit dem 24. Februar in der Tat vollzogen, und ihr muss aus moralischen Gründen Rechnung getragen werden. Denn keiner darf zusehen, wenn der Diktator Putin das Leben in der Ukraine und demokratische Grundwerte zerstört. Wer die Werte Europas sowie der demokratischen Welt so massiv angreift wie der Verbrecher Putin, ist offensichtlich nur unter Anwendung von Gewalt zu stoppen. Eine bittere, aber leider reale Erkenntnis aus diesem Angriffskrieg. Manfred Kirsch, Neuwied

# Desertion im Kampf um die Freiheit?

Zu: „Was nun?“, FR-Meinung vom 1. März

In Ihrer Glosse zum derzeitigen Thema Nr. 1 lassen Sie Zweifel aufkommen, ob ihre Antwort auf die Frage nach der größten militärischen Leistung „Desertion“ noch zeitgemäß und richtig ist. Das redaktionelle Umfeld ihres Beitrags lässt den Eindruck aufkommen, dass derzeit jede Form des Pazifismus zu unterbleiben hat, und das hat Sie nachdenklich gemacht. Es scheint ja auch so einfach, Partei zu ergreifen. Da gibt es einen üblen Aggressor und ein anscheinend unschuldiges Volk, das um seine Freiheit kämpft. Wenn es doch so einfach wäre!

Lassen wir einmal die bizarre Ironie beiseite, die darin besteht, dass die Demos aus den 80ern gegen die Aufstellung der Pershings bei uns damals mit angeführt wurden u. a. von der Vorgängerin von Frau Baerbock und Letztere heute alles dafür tut, dass die Ukraine die Freiheit (sic!) erhält, die Pershings bei sich aufstellen zu lassen.

Mal abgesehen davon, dass ich mich schwertue mit der Solidarität für Kämpfer, die sich „frajkor“ nennen und ausweislich ihrer Netzauftritte durchaus wissen, in welcher Tradition sie

sich bewegen, muss ich zugeben, es gibt auch Beispiele von Mut, die ich uneingeschränkt bewundere.

So hat der Bürgermeister der Stadt Kupjansk im Bezirk Charkiw seinen Ort der heranziehenden russischen Armee übergeben, weil er sich wohl mehr um Sicherheit und Leben seiner Bürger sorgte als um das Recht, der Nato beizutreten. Der Dank dafür: eine Anklage wegen Landesverrat.

Langer Rede kurzer Sinn: Desertion ist immer noch die beste Antwort.

Hans Blaschke, Bad Vilbel